

Lehrer zu Bircher: Erst skeptisch, nun offen

SP-Grossrätin Colette Basler präsidiert künftig «Bildung Aargau» – an der Versammlung war auch die SVP-Bildungsdirektorin ein Thema.

David Walgis

Colette Basler schreitet mit schnellen Schritten vom Bahnhof Brugg zum Campus der Fachhochschule Nordwestschweiz. Ein wenig nervös ist die SP-Bildungspolitikerin am Mittwochnachmittag, und mit jedem Schritt steigt die Aufregung. Obwohl die Wahl, die ihr bevorsteht, eigentlich reine Formsache sein sollte. Hier, im Foyer B, hält der Aargauische Lehrerverband (ALV) seine diesjährige Delegiertenversammlung ab. Und hier soll Basler zur neuen Verbandspräsidentin gewählt werden.

Dann, nach Grussworten und Geschenken, Statutenänderungen und Geschäftsberichten, Namenswechseln und einer neuen Website (siehe Box), dürfte Baslers Nervosität ihren Höhepunkt erreicht haben, um mit den in die Höhe schiessenden Wahlzetteln und dem Applaus schlagartig abzufallen. «Was soll ich in meiner Rede sagen?», habe sie ihre Familie am Morgen noch gefragt, erzählt Basler in ihrer Dankesrede. «Sag doch», antwortete ihre Tochter, «dass du nicht mit der Wahl gerechnet hast.» Da ist sie wieder, die Formsache.

Wechsel im Präsidium mit Ankündigung

Angekündigt hat der Verband den Wechsel an der Spitze schon im September. Die bisherige Präsidentin Kathrin Scholl tritt Ende Schuljahr 2024/25 nach vier Jahren ab. Mit Basler wolle man auf eine im Kanton bestens vernetzte Persönlichkeit setzen,

schrrieb der Verband damals in einer Medienmitteilung. «Bestens vernetzt» heisst: Basler sitzt seit 2017 im Kantonsparlament, ist Co-Fraktionspräsidentin der SP, Biobäuerin und Vizepräsidentin des aargauischen Bauernverbandes.

Bestens vernetzt in Schulen und Ställen heisst auch, dass Colette Basler, wenn sie angetreten wäre, bei einer anderen Wahl vor eineinhalb Wochen wohl realistische Chancen gehabt hätte. Doch Basler hat nicht für den Regierungsrat kandidiert. Und so heisst die neue Bildungsdirektorin Martina Bircher. Die SVPLerin steht so ziemlich für das Gegenteil einer Schule, wie sie sich der ALV, Colette Basler oder Kathrin Scholl wohl wünschen: Bircher spricht sich gegen die integrative Schule und für eine Notenpflicht aus.

Bircher sorgte für Gespräche im Lehrzimmer

Kurz: Die Furcht vor einer Bildungsdirektorin Martina Bircher in linken Kreisen und der Lehrerschaft war gross. Ist das spürbar hier in Windisch? Wer später am Apéro mit Lehrpersonen spricht, merkt rasch: Wirklich kritisch ist man kaum, vielleicht war man skeptisch. Vor allem aber ist man nun: offen.

Ein seit Sommer pensionierter Primarlehrer sagt, dass er gewisse von Birschers Ansichten durchaus kritisch sehe. «Ihre Kandidatur sorgte im Teamzimmer für Gesprächsstoff. Nun soll man ihr aber keine Steine in den Weg legen.» Bircher habe eine faire Chance verdient, sagt auch eine Kantilehrerin. Sie sei poli-



Die abtretende Präsidentin Kathrin Scholl (links) gratuliert Nachfolgerin Colette Basler an der Delegiertenversammlung von Bildung Aargau (ehemals ALV) in Windisch zur Wahl. Bild: Severin Bigler

tisch zwar nicht auf der gleichen Linie. «Aber ihr Zehn-Punkte-Plan zeigt, dass sie sich mit der Materie auseinandersetzen will.» Ob Berufsschullehrer oder Primarlehrerin, stets klingt es ähnlich an den Stehtischen zwischen Weisswein und Chips.

Kathrin Scholl sieht der neuen Bildungsdirektorin mit der Gelassenheit der Präsidentin entgegen, die noch ein halbes

Jahr mit ihr zusammenarbeiten muss. Bircher habe stets ihre Offenheit und Diskussionsbereitschaft zugesichert, sagt Scholl. «Insofern bin ich freudig gespannt.» Einst hatte sie die SVP-Politikerin als umsetzungsstark bezeichnet. Befürchtet Scholl nun in ihren letzten Monaten im Amt zahlreiche Umbrüche? «Ich hoffe es nicht», sagt Scholl. Sie erwarte von Bircher, die bislang

kaum in der Bildungspolitik aktiv war, dass sie sich zuerst einmal einarbeite.

Scholl macht sich Sorgen nach Schulgesetz-Debatte

Viel lieber aber spricht Kathrin Scholl über die Revision des Schulgesetzes, über das der Grosse Rat derzeit berät. So bezeichnete sie die erste Lesung am Dienstag letzter Woche vor

Neuer Name, neues Logo

Die Namensänderung hat der Aargauische Lehrerinnen- und Lehrerverband (ALV) bereits vor einem Jahr beschlossen. Nun hat der Verband seinen sperrigen Namen abgelegt und heisst neu «Bildung Aargau». Der Wechsel ist auch an der Delegiertenversammlung spürbar: Die Transparente, die den Weg in den Saal weisen, tragen noch die Buchstaben ALV. Während der Versammlung wird hingegen ein weiteres Transparent entrollt mit dem neuen Logo. Gleichzeitig geht auch die neue Website des Verbandes online. (daw)

den Delegierten als unschön. «Wir müssen alles daransetzen, dass wir nicht zu Rückschritten gezwungen werden.» Was meint sie konkret damit? Scholl nennt auf Rückfrage etwa die Notenpflicht, die der Regierungsrat ab der fünften Klasse einführen will. Oder die Separation von lernschwachen oder verhaltensauffälligen Schülkinder in sogenannte Förderklassen, wie sie die FDP fordert. Es wäre die Abkehr von der integrativen Schule. «Eine flächendeckende Einführung von Förderklassen ist nicht zielführend. Und wäre teurer», sagt Scholl.

Und was meint Colette Basler zu Martina Bircher? Sie sei froh, dass nun zwei Frauen in wichtigen Funktionen die Aargauer Bildung prägen könnten, sagt die künftige Verbandspräsidentin.

Aargau ist Efas-Land

Die Gesundheitsreform erhält hier besonders viel Zuspruch - sie könnte sich auch positiv auf die Kantonskasse auswirken.

Matthias Niederberger

Geschlossener als im Aargau kann man sich kaum für die eidgenössische Gesundheitsreform Efas einsetzen, über die am 24. November abgestimmt wird. Sämtliche Kantonalparteien von rechts bis links haben die Ja-Parole beschlossen. Selbst die Aargauer Sozialdemokraten sprechen sich – im Gegensatz zur Mutterpartei – für die Gesundheitsreform aus. Damit sichert sie als eine von drei Kantonalverbänden aus.

Einige Aargauer Politikerinnen und Politiker weichen jedoch von der Meinung ihrer eigenen Partei ab. So etwa Lelia Hunziker (SP), die kürzlich am Parteitag der SVP auf der Bühne gegen Efas argumentierte. Auch SVP-Kantonalpräsident Andreas Glarner sprach sich in dieser Zeitung für ein Nein aus.

Unterstützung erhält die Gesundheitsreform von der Aargauer Regierung. Sie hält die Gesetzesänderung für «eine wichtige und breit abgestützte Reform der Finanzierung im Gesundheitswesen», liest man in einem Communiqué. Mit der neuen,

einheitlichen Finanzierung hätten Kantone und Versicherer in Zukunft den gleichen Anreiz, ambulante Leistungen zu fördern und damit Kosten zu dämpfen.

Regierungsrat Jean-Pierre Gallati ist zudem einer von sechs SVP-Gesundheitsdirektoren, die mittels Brief an die SVP-Basis appellierten, die Reform zu unterstützen und nicht der Empfehlung der Parteileitung zu folgen. Am Ende fasste die SVP-Delegiertenversammlung deutlich die Ja-Parole.

Gesundheitsverbände machen sich für Efas stark

Für die einheitliche Finanzierung setzen sich auch vier grosse Aargauer Gesundheitsverbände ein: der Ärztenverband (AAV), die Haus- und Kinderärzte (mfe), der Apothekerverband sowie der Gesundheitsverband Vaka. Diese senke die Gesundheitskosten, weil mehr ambulant behandelt werde, und sie stärke die Vernetzung und Koordination entlang der Versorgungskette, ist in einer gemeinsamen Medienmitteilung zu lesen.

Da Kantone und Krankenkassen neu alle Leistungen ge-



Ein bekennender Befürworter der Gesundheitsreform: der Aargauer Gesundheitsdirektor Jean-Pierre Gallati (SVP). Bild: Fabio Baranzini

meinsam finanzieren, steigt laut den Gesundheitsverbänden für beide der Anreiz, die jeweils medizinisch sinnvollste und günstigste Behandlung zu fördern. «Dies wird die Verlagerung von stationären hin zu ambulanten Leistungen beschleunigen»,

schreiben die Verbände. Durch die Beteiligung der Kantone an den ambulanten Kosten bringe die Reform zudem «eine spürbare Entlastung» für die Prämienzahlenden. Weiter könnten unnötige Spitaleintritte vermieden und Eintritte ins Pflegeheim hin-

ausgezögert werden, was ebenfalls günstiger komme.

Mit Efas erhalte auch die Pflege in den Heimen und bei der Spitex «eine stabile und zuverlässige Finanzierung». Neu würde die Pflege mit den Krankenkassen Tarife vereinbaren, welche kostendeckend sein müssten. «Das ersetzt das bisherige Modell mit der teilweise unzureichenden Restfinanzierung durch die Kantone», schreiben die Gesundheitsverbände. «Damit werden sich auch die Rahmenbedingungen für die Pflege und das Pflegepersonal verbessern.»

Der Kanton muss womöglich weniger zahlen

Gegen die Reform hat sich die Gewerkschaft VPOD Aargau / Solothurn ausgesprochen: Sie führe zu zusätzlichen Prämien-erhöhungen, verschlechtere die Arbeitsbedingungen und schade der Pflegequalität.

Sollte das Stimmvolk am 24. November Ja zu Efas sagen, würden die Gesundheitskosten neu verteilt. Wie sich das auf die Finanzen des Kantons Aargau auswirkt, ist schwer zu sagen.

Grundsätzlich soll die Umstellung auf das neue System mit einheitlicher Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen für die Gesamtheit der Kantone kostenneutral erfolgen.

Die Auswirkungen auf die einzelnen Kantone seien jedoch sehr unterschiedlich, schreibt das Aargauer Departement Gesundheit und Soziales (DGS) auf Anfrage. «Jene Kantone, in denen der stationäre Sektor im Vergleich zum ambulanten Sektor heute unterdurchschnittliche Kosten generiert, werden mit Efas einen höheren Kantonsbeitrag bezahlen müssen als heute.»

Gemäss Bundesamt für Gesundheit (BAG) zählt der Aargau zu denjenigen Kantonen, die mit einer tieferen Belastung rechnen können. Allerdings ist die Basis dieser Berechnung der Zeitraum von 2016 bis 2019. Die Zahlen seien somit mit Vorsicht zu geniessen, schreibt das DGS. «Ausserdem ist damit zu rechnen, dass die Überprüfung der Kostenneutralität lange dauern wird.» Bei der neuen Pflegefinanzierung habe dies rund sechs Jahre in Anspruch genommen.